

Finnshop schliesst letzte Geschäfte

Das Ostschweizer Familienunternehmen Finnshop schliesst im Sommer seine Geschäfte in Wil und Frauenfeld. Neun Mitarbeiter verlieren ihre Stelle. Online-Shopping und Einkäufe im grenznahen Ausland oder bei Grossverteilern hätten dem Unternehmen zugesetzt. Finnshop war spezialisiert auf Wohneinrichtungen und -accessoires.



SGKB steigert Gewinn auf 163.9 Millionen

Der Konzerngewinn der St. Galler Kantonalbank steigt 2019 um 3.4%. Im Verwaltungsrat und an der Unternehmensspitze stehen Veränderungen an: Roland Ledergerber wird im Mai 2021 60 Jahre alt und auf diesen Zeitpunkt als CEO zurücktreten. Gleichzeitig wird er an der Generalversammlung 2021 zur Wahl in den Verwaltungsrat vorgeschlagen.



Stadler liefert 42 Züge nach England

Stadler liefert 42 «Metro»-Züge an Tyne & Wear Metro, baut ein neues Instandhaltungswerk und übernimmt für 35 Jahre die Wartung der Züge. Der Erfolg im Nordosten von England ist für Stadler bereits der dritte grosse «Metro»-Auftrag in Grossbritannien.

Die Verhaltenslenker

Bei den Wahlen im Oktober haben vor allem freiheitsfeindliche Verhaltenslenker gesiegt. Es ist eben einfacher, die Menschen umerziehen zu wollen, statt die vielen drängenden Probleme zu lösen – wie die Sicherung der Sozialwerke, eine für Wirtschaft und Bevölkerung geschickte Europapolitik und eine kluge Immigrationspolitik.



Tatsächlich lässt die Entwicklung im Hinblick auf die neue Legislatur nichts Gutes ahnen, ist doch bereits jetzt der alltägliche Regulierungswahn überall zu spüren. Drei Beispiele:

Im Sommer 2019 erstellte das Bundesamt für Umwelt in Bern ein Merkblatt für die Bundesverwaltung, das eine Anleitung für «nachhaltige Veranstaltungen» enthält. Es empfiehlt, bei Apéros und Veranstaltungen mindestens zwei Drittel eines Buffets mit vegetarischen Speisen zu bestücken. Die St. Galler Bratwurst hat damit einen schweren Stand. Auch bezüglich Getränke soll ein rigides Regime gelten: Leitungs- statt Mineralwasser, Kaffee und Tee nur noch mit Umweltlabel.

Auch kantonale Beispiele lassen sich finden: In Zürich veröffentlichte die Stadtpolizei kürzlich ein Merkblatt für Umzüge und Veranstaltungen. Gesuchen zur Durchführung ist neuerdings eine «Risikoanalyse» beizulegen. Berücksichtigt werden müssen unter anderem starke Unwetter mit Blitzen, Stromausfälle und Schlägereien, Wildpinkler oder Bombendrohungen. Wer hat so noch Lust, einen Anlass zu organisieren? Und in einer Interpellation hat eine grüne Parlamentarierin in Bern eine Beschränkung der Werbung für klimaschädliche Produkte verlangt. Die Werbung für Flugreisen, Autos etc. soll eingeschränkt – oder noch besser gleich verboten – werden.

Das neue Parlament geht mit zahlreichen Verhaltenslenkern an den Start. Unser Verhalten soll noch stärker vom Staat gelenkt werden, weil eigen-, klimas- oder sonst wie schädliches Verhalten unterbunden werden muss. Vergessen wird dabei: Die Kernaufgabe des Staates besteht darin, die Freiheit jedes Einzelnen zu sichern – und nicht ihn zu bevormunden. Mehr Freiheit, weniger Staat und wieder mehr Eigenverantwortung: Die alte Regel ist zeitgemässer denn je.

Dr. Walter Locher, FDP-Kantonsrat, St. Gallen